

Rettung aus der Krise?

Die Vorabstimmung und der deutsch-hannoversche Selbstbestimmungsdiskurs

von JASPER HEINZEN

Vor vielen Jahren hat George F. Kennan den Ersten Weltkrieg als die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichnet.¹ Obgleich Kennans teleologischer Ansatz zurecht kritisch hinterfragt worden ist, so trifft er doch einen Kernaspekt des zeitgenössischen Nationalismus in Zentraleuropa. Die vier harten Kriegsjahre machten die Menschen nicht nur empfänglich für radikales Gedankengut, sondern sie bauten auch Hemmschwellen ab, diese Ideen mit Gewalt umzusetzen. Neuere Arbeiten zur Revolution von 1918/19 in Deutschland betonen, wie sich ideologische Gegensätze und die politische Strapazierung des Selbstbestimmungsbegriffs mit existentiellen Ängsten und Gerüchten verbanden, die ein Klima extremer Gewaltbereitschaft schufen. Die schwierige Geburt der Weimarer Republik im unweit gelegenen Kiel und vor allem die Straßenkämpfe in Berlin ließen die Bewohner der Provinz Hannover nicht unberührt.² Unterdessen brachten imperiale Implosionen auch andere Teile Europas, des Mittleren Ostens und Asiens zum Kochen. Als Anfang 1919 ein amerikanischer Journalist die umkämpfte polnisch-ukrainische Grenzstadt Lemberg besuchte, wies ein Bewohner bezeichnenderweise auf die zerstörten Gemäuer und bemerkte: *Sehen Sie diese kleinen Löcher? Wir nennen sie hier Wilsons 14-Punkte-Programm. Sie sind mit Maschinengewehren gemacht wor-*

1 Im englischen Originaltext nannte Kennan den Weltkrieg »*the great seminal catastrophe of this century*«. George F. KENNAN, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875-1890*, Princeton 1979, S. 3. Hervorhebung im Original.

2 Vgl. Mark JONES, *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918-1919*, Cambridge 2016; Klaus WEINHAUER u. a. (Hrsg.), *Germany 1916-23. A Revolution in Context*, New York 2015; Matthew STIBBE, *Debates on the German Revolution of 1918-19*, Manchester, 2023; Detlef LEHNERT (Hrsg.), *Revolution 1918/19 in Norddeutschland*, Berlin 2018; Tagungsbeiträge in *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 91 (2019); Werner HEINE, *Novemberrevolution in Hannover. Verlauf und Auswirkungen*, in: Kirsten TEPPER (Hrsg.), *Heimatfront Hannover. Kriegsalltag 1914-1918*, Hannover 2014, S. 282-291; Gerhard SCHNEIDER, *An der »Heimatfront«. Stimmungsberichte aus Hannover und Linden 1916 bis 1919*, Hannover 2014; Martin RACKWITZ, *Kiel 1918. Revolution. Aufbruch zu Demokratie und Republik*, Kiel/Hamburg 2020.

*den und die großen Löcher mit Granaten. Wir bestimmen uns nun selbst, aber nur Gott weiss, wo das enden wird.*³

Das buchstäblich explosive Potenzial der Selbstbestimmung bildet die Kulisse des vorliegenden Beitrags. Sie ist schwer vorstellbar ohne die Umstände, welche den Drang nach Selbstbestimmung so akut werden ließen, oder die spezifischen Erfahrungen der Gewalt, die die Weimarer Republik überschatteten. Ziel der Überlegungen an dieser Stelle ist es einerseits, die historischen Hintergründe der welfischen Agitation zu erklären, da diese als Legitimation für die hannoverschen Unabhängigkeitsbestrebungen dienten. Andererseits gilt es die Langzeitursachen der Vorabstimmung in Bezug zu setzen zur Neuartigkeit der politischen Situation in der Weimarer Republik. Das Besondere an den welfischen Umtrieben war, dass sie nicht eine Sezession vom existierenden Nationalstaat verfolgten, sondern sich der ethnonationalen Sprache der Selbstbestimmung bedienten, um die föderale Ordnung Deutschlands neu zu verhandeln.

Die Hoffnungen der Welfen setzten auf die Umformierung der politischen Legitimität, die eingetreten war, seitdem der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sein 14-Punkte-Programm Anfang 1918 vorgestellt hatte. Fortan waren Regierungen angewiesen, dem Volkswillen auf die eine oder andere Art Tribut zu zollen, obgleich häufig unklar blieb, wer »das Volk« eigentlich war. Die Unbestimmtheit des Begriffs hielt Verfechter der Selbstbestimmung freilich nicht davon ab, ihre Wünsche auf Kosten implodierender Imperien durchzusetzen. Bislang hat die Forschung die antikoloniale und interethnische Gewalt in diesen imperialen »Bruchzonen« (shatter zones) in den Vordergrund gestellt.⁴ Der Anspruch auf Selbstbestimmung verstärkte die Gewaltbereitschaft, da die Anzahl der Staatsgründungen die Erwartungen vieler Unabhängigkeitsbewegungen unerfüllt ließ.⁵

3 Zitiert nach Margaret MACMILLAN, Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and Its Attempt to End War, London 2001, S. 66.

4 Robert GERWARTH / Erez MANELA (Hrsg.), Empires at War, 1911–1923, Oxford 2014; Robert GERWARTH, The Vanquished. Why the First World War Failed to End, New York 2016; Erez MANELA, The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism, New York 2007; Omer BARTOV / Eric D. WEITZ (Hrsg.), Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands, Bloomington 2013; Volker PROTTER, The Politics of Self-Determination. Remaking Territories and National Identities in Europe, 1917–1923, Oxford 2016; Derek HEATER, National Self-Determination. Woodrow Wilson and His Legacy, Basingstoke 1994; Alexander WATSON, Ring of Steel. Germany and Austria-Hungary in World War I, London 2014.

5 Uriel ABULOF, We the Peoples? The Strange Demise of Self-Determination, in: European Journal of International Relations 22.3 (2016), S. 536–565, hier S. 542.

Weit weniger erforscht ist der Eindruck, den der »Wilson'sche Moment« auf Regionalisten in Europa gemacht hat. Die Annahme scheint vorzuherrschen, dass, wie es Thomas H. Eriksen ausdrückt, ethnische Bewegungen »per Definition« einen nationalen Charakter annehmen, wenn sie für die Eigenstaatlichkeit kämpfen.⁶ Deutschland liefert ein wichtiges Korrektiv, denn der Zusammenbruch des Kaiserreichs am Ende des Ersten Weltkriegs gab ethno-regionalen Strömungen Auftrieb, die mit wenigen Ausnahmen lediglich die Errichtung eines eigenen Staats innerhalb der nationalen Grenzen anstrebten. Die Provinz Hannover war an diesem Prozess in vorderster Linie beteiligt und bietet sich daher als Fallstudie an. Um dieses Phänomen zu beleuchten, ist es dienlich, zunächst auf die historisch gewachsenen Raumvorstellungen in Deutschland einzugehen, um die Argumente welfischer Separatisten und ihrer Widersacher während der Vorabstimmung zu verstehen.

Räumliches Bewusstsein in historischer Perspektive

Nicht erst seit dem »Spatial Turn« ist bekannt, dass ein symbiotisches Verhältnis besteht zwischen geographischen Räumen und der Identität ihrer Bewohner. Wasserwege, Berge und andere geologische Merkmale prägen, wer mit wem handelt oder kommuniziert. Dabei markieren sie oftmals »natürliche« Grenzen zwischen Gemeinschaften (wie im Fall des Rheins oder, wie noch zu zeigen sein wird, der Elbe).⁷ Siedlung und Kultivierung haben Landschaften jedoch nachhaltig verändert. Der Raum ist zu einem isomorphen Konstrukt geworden, auf den Gemeinschaften Emotionen, Träume und Selbstbilder als Erweiterungen ihres kollektiven Egos projizieren. David Blackbourn hat anschaulich gezeigt, wie deutsche Ökologen des frühen 20. Jahrhunderts »Rasse« epistemisch definierten, indem sie grünende Anbaugebiete ihren Landsleuten zusprachen und die slawische Kultur mit Ödland und Wildnis in Verbindung brachten.⁸ Jene Kulturalisierung des Raums erforderte einen bewussten Akt

6 Thomas H. ERIKSEN, *Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives*, London 1993, S. 6.

7 Siehe beispielhaft zur Bedeutung des Rheins als deutsch-französischer Kulturgrenze Horst Johannes TÜMMERS, *Der Rhein. Ein europäischer Fluss und seine Geschichte*, München 1999; Klaus PLONIEN, *Germany's River, but Not Germany's Border. The Rhine as a National Myth in Early Nineteenth-Century German Literature*, in: *National Identities* 2.1 (2000), S. 81-86. Siehe auch allgemein die Beiträge in dem von Maike SCHMIDT und Laurent JALABERT herausgegebenen Sonderheft: *Naturgrenzen. Herrschaftlich-territoriale Aneignung von Gewässern, Wäldern und Bergen vor 1815*, in: *Comparativ* 4/5 (2024), S. 381-567.

8 David BLACKBOURN, *The Conquest of Nature. Water, Landscape, and the Making of Modern Germany*, New York 2006, S. 9.

der Interpretation, der den Anspruch auf Land anhand von subjektiv empfundenen zivilisatorischen Leistungen begründete. Das physische Management des Raums war auch insofern entscheidend, als historisch bedeutende Orte ein Fundament der kollektiven Erinnerung bildeten, das den Zusammenhalt der Wir-Gruppe sicherte. Die von Pierre Nora inspirierte Literatur hat die Speicherfunktion von Erinnerungsorten verdeutlicht, die es Völkern erlaubte, ihre Einzigartigkeit territorial abzuleiten, trotz oder gerade weil die moderne Globalisierung kulturelle Unterschiede einzubringen drohte.⁹

Der imperiale Wettbewerb des frühen 20. Jahrhunderts vertiefte das Bedürfnis nach Abgrenzung. Volkskundler widmeten ihre Aufmerksamkeit der ethnolinguistischen Unterteilung des Raums. Karten, welche die völkische Aufteilung der europäischen Imperien zeigten, erfreuten sich wachsender Beliebtheit. Der Kolonialatlas von Paul Langhans aus den Jahren 1892-97 war ein typisches Beispiel; er zeigte Siedlungsmuster, die die angebliche Zivilisierungsmission der Deutschen im Osten veranschaulichten. Der namhafte Leipziger Ethnograph Friedrich Ratzel bekräftigte die Wichtigkeit des Raums, indem er in seinen Schriften einen direkten Bezug herstellte zwischen der »Bodenständigkeit« eines Volkes und seinen kulturellen Leistungen. Die Bodenständigkeit der Deutschen musste gewahrt bleiben, forderte er, damit sie auch in Zukunft gegen entwicklungsmäßig »unterlegene« Völker bestehen könnten. Daraus ließ sich ableiten, dass die Stämme, aus denen sich die deutsche Nation zusammensetze, in ihrem Bestand geschützt werden mussten. So war Willi Ules geographische Landeskunde des Deutschen Reichs von 1915 bemüht, die Siedlungsgebiete der Stämme in fettgedruckten Buchstaben anzuzeigen.¹⁰

Das Bedürfnis, das deutsche Volk geographisch zu definieren, entsprang einer tiefenliegenden Unsicherheit. Bis Ende des 18. Jahrhunderts gab es wenige

⁹ Vgl. Pierre NORA, *Lieux de Mémoire*, 7 Bde., Paris 1984-1992; Étienne FRANÇOIS/Hagen SCHULZE (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001; Pim DEN BOER u. a. (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2012.

¹⁰ Michael FAHLBUSCH, *Volk ohne Raum – Raum ohne Volk. Der lange Schatten der Deutschvölkischen in der Weimarer Republik*, in: Heidrun KÄMPFER u. a. (Hrsg.), *Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik*, Berlin 2014, S. 257-269; Alexander PINWINKLER, »Grenze« als soziales Konzept. Historisch-demographische Konstrukte des »Eigenen« und des »Fremden«, in: *Comparativ* 13 (2003), S. 31-48; Shane NAGLE, *Peripheries and Contested Regions in Nationalist Imaginations. Irish-German Comparisons, 1850-1930*, in: *European History Quarterly* 46.1 (2016), S. 27-47. Zur politischen Bedeutung der Kartographie siehe Jason HANSEN, *Mapping the Germans. Statistical Science, Cartography, and the Visualization of the German Nation, 1848-1914*, Oxford 2015; Guntram Henrik HERB, *Under the Map of Germany. Nationalism and Propaganda, 1918-1945*, London/New York 1996; Matthew D. MINGUS, *Remapping Modern Germany after National Socialism, 1945-1961*, Syracuse 2017.

Anzeichen, dass die uneinheitlichen Territorien und Körperschaften Deutschlands einst zu einem Bundesstaat mit relativ einheitlicher Gesetzgebung zusammenwachsen würden. Zu keiner Zeit während seines fast tausendjährigen Bestehens hatte das Heilige Römische Reich klar gezogene Grenzen oder eine einheitliche Sprachregelung besessen. Im Rückblick kritisierten die kleindeutschen Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts gern das dezentral regierte Reich mit seiner zersplitterten Souveränität, die deutsche Fürsten oft in Konflikt miteinander brachte. Die neuere Forschung hat jene negative Einschätzung in vielerlei Hinsicht revidiert, denn schließlich vermochte es das Reich nach den Wirren des Dreißigjährigen Kriegs, die friedliche Koexistenz der beiden christlichen Konfessionen zu sichern. Wie Joachim Whaley, Georg Schmidt und andere Historiker eindrucksvoll gezeigt haben, waren es die Rechte und Freiheiten des Reichs, die die Deutschen zu einer rudimentären nationalen Gemeinschaft zusammengeschweißt hatten. Es war deshalb kaum verwunderlich, dass diese Tradition einen langen Schatten werfen würde, als Napoleon dem Reich ein Ende setzte.¹¹

Die Auflösung des Heiligen Römischen Reichs im Jahr 1806 geschah, als die romantische Faszination für das Mittelalter auf einen Höhepunkt zusteuerte. Das Reich beflogte die Fantasie von Künstlern wie Caspar David Friedrich und Vertretern des Frühkonstitutionalismus, aber auch von konservativer eingestellten historischen Vereinen, die sich inspirieren ließen von den geographischen Unterteilungen der Reichskreise. Schon Anfang des 18. Jahrhunderts hatte der »Sturm und Drang«-Philosoph Johann Gottfried Herder den Weg für ein Comeback des altertümelnden Stammesbegriffs vorgezeichnet, das die regionale Vielfalt Deutschlands aus der Herkunft, den Dialekten und der Kultur der Bevölkerung herleitete.¹² Verteidiger eines föderativen Nationsverständnisses, das gerade im Königreich Hannover beliebt war, griffen gern Herders Gedankenspiel auf, um den Souveränitätsanspruch der Partikularstaaten zu legitimieren. Es war kaum zufällig, dass wichtige Einrichtungen

¹¹ Die neuere Literatur zum Heiligen Römischen Reich ist zu umfangreich, um hier gesondert aufgeführt zu werden, aber vgl. Georg SCHMIDT, Geschichte des alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495-1806, München 1999; Joachim WHALEY, Germany and the Holy Roman Empire, 2 Bde., Oxford 2012; Peter H. WILSON, The Holy Roman Empire. A Thousand Years of Europe's History, London 2016; Luca SCHOLZ, Borders and Freedom of Movement in the Holy Roman Empire, Oxford 2020. Zum niedersächsischen Raum siehe Dieter LENT, Das Niedersachsenbewußtsein im Wandel der Jahrhunderte, in: Carl HAASE (Hrsg.), Niedersachsen. Territorien, Verwaltungseinheiten, geschichtliche Landschaften, Göttingen 1982, S. 11-50; Carl-Hans HAUPTMEYER, Niedersachsen. Landesgeschichte und historische Regionalentwicklung im Überblick, Oldenburg 2004, S. 92-95.

¹² Martina STEBER, Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayrischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime, Göttingen 2010, S. 44.

zur Pflege des kulturellen Erbes Stammesbezüge in ihren Namen aufnahmen, so etwa der 1835 gegründete Historische Verein für Niedersachsen. Der vom monarchischen Prinzip überzeugte letzte König Hannovers, Georg V., argumentierte dabei, dass es eines Nationalstaats nicht bedürfe.¹³ In der Tat war der Deutsche Bund staatsrechtlich in mancher Hinsicht noch polyzentrischer als das Heilige Römische Reich, weil die Fürsten und freien Städte Inhaber der ganzen Staatsgewalt waren, wohingegen vor 1806 der Kaiser immerhin noch anerkanntes Oberhaupt des Reichs gewesen war.¹⁴ Die Anstrengungen der Welfen und anderer deutscher Dynastien, ihre Autorität nach innen wie nach außen zu wahren, spiegelten die komplexen Langzeitfolgen der territorialen Veränderungen in den Napoleonischen Kriegen wider. Die Fürsten hatten Gebietsgewinne machen können, ohne dass viel Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung genommen worden war. Obgleich es der hannoverschen Regierung nur begrenzt gelang, Ostfriesland und andere neuwelfische Landesteile an sich zu binden, festigte das partikularistische »State Building« dennoch die Idee eines hannoverschen bzw. niedersächsischen Vaterlands, das seinen Platz gleichsam neben dem deutschen nahm.¹⁵

1866 und der welfische Kampf für die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit

Der deutsche »Bruderkrieg« im Sommer 1866 wurde zum Härtetest für den hannoverschen Partikularismus. Die militärische Niederlage war einschneidend, weil für die Anhänger des Welfenhauses nicht nur ihre politische Zukunft auf dem Spiel stand, sondern Preußens Annexion ihres Vaterlands auch einen Kulturbruch bedeutete. Die rührige Publizistik der Annexionszeit bietet einen beredten Einblick in die emotionale Aufladung dieses Themenkomplexes. Ein alter Dichter stellte geschickt einen direkten Bezug her zwischen dem schmerzhaften Tod hannoverscher Kämpfer auf dem Schlachtfeld von Langensalza und dem Verlust der Eigenstaatlichkeit:

¹³ Dieter BROSIUS, Georg V. von Hannover. Der König des »monarchischen Prinzips«, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 51 (1979), S. 253-291.

¹⁴ Vgl. Jürgen MÜLLER, Deutscher Bund und deutsche Nation, 1848-1866, Göttingen 2005; Wolf D. GRUNER, Der Deutsche Bund 1815-1866, München 2012; Jasper HEINZEN, Souveränität und das monarchische Prinzip im Zeitalter des Deutschen Bundes, in: Thomas MAISSEN u.a. (Hrsg.), Souveränität im Wandel. Frankreich und Deutschland, 14.-21. Jahrhundert, Göttingen 2023, S. 279-280.

¹⁵ Vgl. Abigail GREEN, Fatherlands. State-Building and Nationhood in Nineteenth-Century Germany, Cambridge 2001.

O Langensalza! – Name, schön und glorreich
 Und schmerzlich doch zugleich für unser Ohr.
 Hannovers Stern so glänzend, bald so bleich,
 Bis er am Firmamente gänzlich sich verlor.
 Cameraden ruht in fremder Erde sanft gebettet,
 Ihr sterbt als Sieger – wir, wir sind gekettet!¹⁶

Der ehemalige Kammerrat und Politiker Carl Friedrich Claus von der Decken in Preten gab dem Verlust der hannoverschen Unabhängigkeit eine Note, die in vielem den Selbstbestimmungsdiskurs der Vorabstimmung vorwegnahm. Er mahnte seine Leser:

Weniger nicht als der Trieb nach Selbstständigkeit liegt im Menschen das Selbstgefühl, jener mächtige Hebel für die Entfaltung der geistigen und physischen Kräfte, sei es zur Veredelung, sei es zur Verschlimmerung des inneren Menschen. [...] Und wiederum ist es so im Stamme und im Volke, wie im Menschen. Es ist die Eigenart des Stammes oder Volkes, es ist die mit der Eigenliebe dem Menschen eingeimpfte Vorliebe für seine Eigenart, die naturgemäß das Selbstgefühl, sei es für sich oder die Familie, für die Heimath oder den Stamm, in ihm weckt und stärkt und ihn treibt, eben diese seine Eigenart zur höchsten Entwicklung zu bringen im edlen Wettkampfe mit den gleichen Elementen, die ihrerseits dasselbe Selbstgefühl ihm entgegenstellen.¹⁷

Gefühlsvolle Appelle der welfischen Publizistik blieben nicht ohne Wirkung, da eine Bittschrift gegen die Eingliederung in den preußischen Staat etwa eine halbe Million Unterschriften gewinnen konnte.¹⁸ Anhänger des abgesetzten Königshauses nutzten die unterschwellige Unzufriedenheit mit dem Verlust der hannoverschen Unabhängigkeit, um 1869 den Deutsch-hannoverschen Wahlverein zu gründen, der eine Restauration der welfischen Dynastie anstrebte. Zwei Jahrzehnte lang konkurrierte die aus dem Wahlverein hervorgegangene Deutsch-hannoversche Partei (DHP) mit den pro-preußischen Nationalliberalen auf Augenhöhe in der Provinz Hannover.¹⁹ Auch wenn die Popularität der

¹⁶ ANONYM, Fragment eines Gedichts (1866), Historisches Museum Hannover, Pk 37a Nr. 7.

¹⁷ Carl Friedrich Claus von der Decken, Deutsche Fragen, Hannover 1871, S. 15-16.

¹⁸ Ernst Pitz, Deutschland und Hannover im Jahre 1866, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 38 (1966), S. 86-158, hier S. 132.

¹⁹ Zur Welfenbewegung siehe Torsten RIOTTE, Der Monarch im Exil. Eine andere Geschichte von Staatswerdung und Legitimismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 2018; Ernst

DHP bis Ende des Jahrhunderts scharf nachließ, kann man die Unterstützung hannoverscher Welfen für eine Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit nicht allein an den welfischen Wahlergebnissen messen. Zu sehr überschritten sich die Anliegen der DHP in entscheidenden Punkten mit denen anderer politischer Lager. Wie die katholische Zentrumspartei, die Sozialdemokraten und die Augustenburgische Bewegung in Schleswig-Holstein prangerten Welfen die Dominanz militärischer Interessen in Preußen an.²⁰ Ein wichtiges Bindeglied der politischen Opposition war der ehemalige hannoversche Justizminister Ludwig Windthorst, der enge Beziehungen zum welfischen Exilhof unterhielt und das Zentrum bis zu seinem Tod im Jahr 1891 anführte.²¹ Darüber hinaus zählten die Welfen mehr oder weniger offen bekennende Sympathisanten in einflussreichen Positionen, die vom orthodoxen Flügel der lutherischen Kirche, Teilen der Richterschaft und des Adels bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Historischen Verein für Niedersachsen reichten.²²

Die hannoversche Frage gewann um die Jahrhundertwende mit der Entstehung der Heimatbewegung wieder an Auftrieb. Um den Niedergang ihrer Partei aufzuhalten, setzten DHP-Aktivisten auf das regionale Stammesbewusstsein, indem sie die Gründung von ländlichen Gesangs- und Sportvereinen mit suggestiven Namen wie *Sachsenroß* förderten.²³ Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs spaltete der welfische Journalist Georg Friedrich Konrich den Heimatbund Niedersachsen mit der Forderung, dass die *rassische Reinheit des Niedersachsenstums* verteidigt werden müsse. Gemäßigte Mitglieder erkannten die Absicht, politisch auf Kosten der multinationalen Hohenzollernmonarchie

SCHUBERT, Verdeckte Opposition in der Provinz Hannover. Der Kampf der »Welfen« um die Regionale Identität während des Kaiserreichs, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1998), S. 211–272; Frank BÖSCH, Margin at the Center. The Conservatives in Lower Saxony between Kaiserreich and Federal Republic, in: Neil GREGOR/Mark ROSEMAN (Hrsg.), German History from the Margins, Bloomington 2006, S. 127–145.

²⁰ ANONYM, Politische Briefe eines Hannoveraners, Hannover 1873, S. 42–52; Jürgen Hartwig IBS, Politische Parteien und Selbstverwaltung in der Provinz Schleswig-Holstein bis zum Ersten Weltkrieg, Neumünster 2006, S. 146–148; Bernhard NEFF, »Dekorationsmilitarismus«. Die sozialdemokratische Kritik eines vermeintlich nicht kriegerischen Militärwesens (1890–1911), in: Wolfram WETTE (Hrsg.), Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871–1945, Berlin 2005, S. 91–110; SCHUBERT, Verdeckte Opposition, wie Anm. 19, S. 228–232.

²¹ Vgl. Hans-Georg ASCHOFF, Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918, Düsseldorf 1987.

²² SCHUBERT, Verdeckte Opposition, wie Anm. 19; Manfred HAMANN, Aus der hundert-fünfzigjährigen Geschichte des Historischen Vereins für Niedersachsen, in: Hannoversche Geschichtsblätter 39 (1985), S. 15; Thomas ORMOND, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt a.M. 1994, S. 69–80, 374–381, 477–486.

²³ BÖSCH, Margin at the Center, wie Anm. 19, S. 130.

zu punkten, und schlossen sich in einem Gegenverein, dem Altsachsenbund, zusammen.²⁴ Konrich war nicht der erste welfische Aktivist, der Hannovers Schicksal zu einem heiligen Kampf der germanischen Niedersachsen gegen das korrumptierte slawisch-deutsche Mischblut Preußens erhob. Prominente Welfen der ersten Stunde wie Bodo Freiherr von Hodenberg und Heinrich Freiherr Langwerth von Simmern hatten schon ähnliche Ansichten vertreten.²⁵ Internationale Aufmerksamkeit gewann die Thematik zudem in den frühen 1870er Jahren, als der französische Anthropologe Louis Armand de Quatrefages de Bréau die These aufstellte, dass die »race prussienne« aus der *Rachsucht der Finnen, dem Kriegsgeist der Slawen, dem fanatischen Militarismus der mittelalterlichen Kreuzritter* und einem Hauch französischer Kultur hervorgegangen sei.²⁶

Trotz aller welfischen und französischen Sticheleien muss zugestanden werden, dass das Zusammenwachsen Hannovers und Preußens im Kaiserreich insgesamt von Erfolg gekrönt gewesen ist. Die liberale Verwaltungspraxis mit ihren nicht unbedeutenden Zugeständnissen an die provinzielle Selbstverwaltung und das regionale Selbstbewusstsein versöhnte die große Mehrzahl der Hannoveraner mit den Hohenzollern. Alte Gegensätze wichen immer mehr einer konzentrisch angeordneten Synthese von Heimat, Region, Staat und Nation, wie Schulbücher, die Bildsprache öffentlicher Bauten, Denkmäler und Museen eindrucksvoll belegten.²⁷ Erst der katastrophale Verlauf des Ersten

²⁴ Andrea-Katharina HANKE, Die niedersächsische Heimatbewegung im ideologisch-politischen Kräftespiel zwischen 1920 und 1945, Hannover 2004, S. 42-43. Zur hannoverschen Heimatbewegung siehe auch die Pionierstudie von Werner HARTUNG, Konservative Zivilisationskritik und regionale Identität. Am Beispiel der niedersächsischen Heimatbewegung 1895 bis 1919, Hanover 1991.

²⁵ Bodo VON HODENBERG, Sechs Briefe über die Gewissens- und Begriffsverwirrung in Politik, Kirche und Wissenschaft der Gegenwart, Bd. 3, Erlangen 1867, S. 79-81; ANONYM [Heinrich LANGWERTH VON SIMMERN], Der Hannöversche Particularismus. Eine oratio pro domo, Mannheim 1867, S. 9-14.

²⁶ Chris MANIAS, The »Race Prussienne« Controversy. Scientific Internationalism and the Nation, in: *Isis* 100.4 (2009), S. 733-757.

²⁷ Vgl. Heide BARMEYER, Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866-1868, Hildesheim 1983; dies., Verwaltungsreform als Mittel zur Eingliederung Hannovers in Preußen 1866-1884/85, in: Peter BAUMGART (Hrsg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln 1984, S. 357-402; Hans-Georg ASCHOFF, Politische Strömungen und Entwicklungen in der Provinz Hannover zwischen 1866 und 1914, in: Hans PATZE (Hrsg.), Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten (1866), Marburg/Ulm 1985, S. 323-353; Jasper HEINZEN, Making Prussians, Raising Germans. A Cultural History of Prussian State-Building after Civil War, 1866-1935, Cambridge 2017. Zur Nationsbildung im Kaiserreich allgemein siehe Siegfried WEICHLEIN, Nation und Region. Integrationsprozesse im

Weltkriegs setzte diesem Integrationsprozess ein abruptes Ende, wodurch im historischen Rückblick fälschlich der Eindruck entstehen mag, dass eine Pazifizierung der Provinz Hannover »gar nicht stattgefunden« habe, wie es Ernst Schubert provokativ formuliert hat.²⁸

Der Wiederaufstieg der DHP im Zeichen der Stammesideologie

Eher trifft zu, dass Berlins dirigistisches Management der Kriegswirtschaft und der Tod von mehr als 14 Prozent aller wehrpflichtigen Männer aus der Provinz Hannover die hart erstrittenen Kompromisse des Kaiserreichs in Frage stellten.²⁹ Die politischen Umwälzungen, die mit dem Sturz der Monarchie 1918 einhergingen, werteten das Heimatgefühl auf. Die Neuentdeckung der Heimat als eine organische, in der Landschaft verwurzelte Gemeinschaft diente dem Zweck, eine Abgrenzung gegenüber unliebsamen Außenseitern herzustellen, seien dies die Handlanger des »Versailler Diktats« oder bolschewistische Revolutionäre. Wissenschaftlich verbrämte Schlagworte wie »Raumgemeinschaften«, »Raumorganismen« und »deutscher Kulturboden« kamen in Umlauf, die den Oberbegriff »Volkstum« zum Ersatz für die in der Niederlage untergegangene Nation erhoben.³⁰ All dies weckte Hoffnungen auf die Wiederherstellung der hannoverschen Eigenstaatlichkeit, um den volkstümlichen Charakter der Region zu wahren.

Ende 1918 nahm die DHP Fühlung auf mit den Vertretern anderer Parteien, die bis dahin wenig Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen gezeigt hatten. Die Furcht vor den politischen Unruhen in Berlin animierte nicht-welfische

Bismarckreich, Düsseldorf 2004; Alon CONFINO, *The Nation as a Local Metaphor*. Würtemberg, National Memory, and Imperial Germany, 1871-1918, Chapel Hill 1997; Celia APPLEGATE, *A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley 1990; Eric STORM, *The Culture of Regionalism. Art, Architecture and International Exhibitions in France, Germany and Spain, 1890-1939*, Manchester 2010.

28 SCHUBERT, Verdeckte Opposition, wie Anm. 19, S. 213.

29 Reinhard OBERSCHELP, Stahl und Steckrüben. Beiträge und Quellen zur Geschichte Niedersachsens im Ersten Weltkrieg (1914-1918), Hameln 1993, S. 44.

30 Vgl. Thomas LEKAN, *Imagining the Nation in Nature. Landscape Preservation and German Identity, 1885-1945*, Cambridge, MA 2004, S. 84; Dietmar VON REEKEN, Wissenschaft, Raum und Volkstum. Historische und gegenwartsbezogene Forschung in und über »Niedersachsen« 1910-1945. Ein Beitrag zur regionalen Wissenschaftsgeschichte, in: *Jahrbuch für niedersächsische Landesgeschichte* 68 (1996), S. 43-90, hier S. 43-44. Zur betörenden, obgleich gespaltenen Wirkung des Heimatbegriffs sogar auf Sozialdemokraten siehe Anna STROMMENGER, *Zwischen Herkunft und Zukunft. »Heimat« in der Sozialdemokratie vom späten Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Göttingen 2023.

Konservative, die Loslösung Hannovers von Preußen ernsthaft in Betracht zu ziehen. Paula Müller-Otfried, die Mitbegründerin des Deutschen Evangelischen Frauenbundes und spätere Reichstagsabgeordnete der konservativen Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), räumte ein, dass die von Wilson gewählten Worte über die Selbstbestimmung der Völker den Wunsch nach Unabhängigkeit auch bei anderen genährt hätten, die nicht der alten Welfenpartei angehörten und die deren Ansichten über die preußische Ungerechtigkeit und die Unterdrückung Hannovers nicht teilen wollten.³¹ Eine von der DHP am 4. Dezember 1918 erlassene »Parole« ließ Wähler wissen, dass das »rote Berlin die Selbständigkeit aller deutschen Bundesstaaten bedrohe, woraus die Gefahr der Abtrennung deutschen Gebietes vom Reiche erwächst. Alle Christen müssten gegen das sozialistische Programm der neuen Machthaber in Preußen zusammenstehen, die das Geistesleben des deutschen Volkes zerstörten, private Wirtschaftsgüter verstaatlichen wollten und die gegenwärtige Kriegs-Zwangs-wirtschaft verschärfen würden. Das Konzept für einen Spendenauftruf der DHP reduzierte den Schlachtruf auf *Los von Preußen! Innerhalb des geeinten deutschen Vaterlandes ein freies, selbstständiges Hannover!*, aber die Parteiführung optierte schlussendlich für die prägnantere Formel *Los von dem ostelbischen Preußen! Innerhalb des geeinten deutschen Vaterlandes ein freies, westelbisches Preußentum!*³² Geschickt verbanden die Parole und der Spendenauftruf anti-sozialistische Ressentiments mit ethnisch aufgeladenen Vorstellungen von »spatial justice« im Sinne einer faireren Verteilung der verfügbaren Ressourcen.³³ Die Abwertung Ostelbiens wälzte das Stigma der Reichsfeindschaft, mit dem Bismarck stets die Welfen belastet hatte, auf die ehemaligen preußischen Kerngebiete ab. Tatsächlich gewann eine Petition für die Unabhängigkeit etwa 600.000 Unterschriften, und bei den Wahlen zum hannoverschen Provinziallandtag 1921 wurde die DHP hinter der SPD die zweitstärkste Partei.³⁴

Derweil kamen die Sondierungen für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zu keinem Ergebnis, weil eine bolschewistische Revolution ausblieb und nichtwelfische Konservative schnell erkannten, dass sie in einem geeinten Preußen mehr erreichen konnten. Trotzdem ist nicht zu leugnen, dass in dem unbeständigen politischen Klima der frühen Weimarer Republik der Traum

³¹ Paula Müller-Otfried an v.d. Wense, 9. Mai 1919, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover (hiernach NLA HA), VVP 17 Nr. 204. Zu den Sondierungen siehe Hans PRILOP, Die Vorabstimmung in Hannover 1924, Dissertation Universität Hamburg 1954, S. 237-256.

³² Siehe NLA HA, VVP 17 Nr. 189. Hervorhebungen im Original.

³³ Zum Begriff der »spatial justice« siehe Edward W. SOJA, Globalization and Community. Seeking Spatial Justice, Minneapolis 2010.

³⁴ Christopher CLARK, Iron Kingdom. The Rise and Downfall of Prussia, 1600-1947, London 2006, S. 620.

der regionalen Selbstbestimmung eine attraktive Option darstellte. Entgegen Wilsons ursprünglicher Absicht, die Macht des Volkswillens zu stärken, sprach er sowohl völkisch gesinnte Antidemokraten wie auch Verteidiger des Parlamentarismus an. Manchmal überschnitten sich die Lager sogar. Wie Eric Kurlander nachgewiesen hat, sahen viele deutsche Liberale keinen Gegensatz zwischen der republikanischen Verfassung und dem Ideal einer harmonischen Volksgemeinschaft. Der Grund lag darin, dass sie im Angesicht der Krise den Gedanken der kollektiven Freiheit, welcher der provinziellen Selbstverwaltung innewohnte, über die Bürgerrechte des Einzelnen stellten.³⁵ Wähler waren gleichermaßen bereit zu priorisieren, denn, wie Torsten Riotte scharfsinnig bemerkt hat, der »große Zuspruch, den die DHP unmittelbar im Anschluss an den Ersten Weltkrieg in den Wahlen 1919 und 1920, aber auch bei der Vorabstimmung 1924 erhielt, verdeutlicht, dass eine große Gruppe innerhalb der Bevölkerung in Ausnahmesituationen mobilisiert werden konnte«.³⁶

Die regionale Selbstbestimmung bot hierbei eine Antwort auf ein spezifisches Problem. Wie in der Parole der Welfen angedeutet, gingen die Meinungen auseinander, wer zur Nation gehörte und ihre Anliegen legitimerweise vertreten konnte. Schon in der Vorkriegszeit war mit dem Anwachsen von nationalen Spannungen Druck auf Bürger ausgeübt worden, Farbe zu bekennen. Der Untergang der imperialen Monarchien in Europa verstärkte diese Tendenz, da nationalen Agitatoren daran gelegen war, die Existenz der Nachfolgestaaten zu festigen bzw. zu diskreditieren. Die Regionalpolitik war aber nicht immer gewillt, sich derart politisch vereinnahmen zu lassen. Ein Beispiel sind die in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain vorgesehenen Volksabstimmungen über die nationale Zugehörigkeit Nordschleswigs, der Kreise Allenstein und Marienwerder, Oberschlesiens, Kärtents und des Burgenlands. Interessengruppen ordneten die Frage der nationalen Zugehörigkeit gewieft dem Lokalpatriotismus unter, indem sie Plebiszite als die beste Möglichkeit verkauften, die regionale Identität zu bewahren. Der Einsatz regionaler Symbole und wirtschaftlicher Anreize erwies sich im Fall Kärtents als so wirksam, dass 33 der 51 Wahlbezirke in der Südzone für Österreich stimmten, obwohl zwei Drittel dieser Bezirke mehrheitlich von slowenischsprachigen Bürgern bewohnt

35 Eric KURLANDER, *The Landscape of Liberalism. Particularism and Progressive Politics in Two Borderland Regions*, in: David BLACKBOURN / James RETALLACK (Hrsg.), *Localism, Landscape, and the Ambiguities of Place. German-Speaking Central Europe, 1860-1930*, Toronto 2007, S. 125-27; ders., *The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity, and the Decline of German Liberalism, 1898-1933*, New York 2006, S. 185-194.

36 Torsten RIOTTE, *Seiner Majestät Allergetreueste Opposition. Welfische Bewegung und politische Sprache in Kaiserreich und Weimarer Republik*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 82 (2010), S. 411-438, hier S. 426.

wurden.³⁷ Auch in Oberschlesien, einem der heißesten deutsch-polnischen Brennpunkte nach dem Ersten Weltkrieg, beeinflussten regionale Belange wie die Rivalität zwischen proklerikalen und antiklerikalen Kräften oder die Politik des »roten Hakatismus« von Reichskommissar Otto Hörsing die Wahlentscheidung dermaßen, dass regionale Faktoren nationalen gleichkamen, wenn nicht gar sie übertrumpften. Als Antwort auf die Volksabstimmungskampagne von 1921 entwickelten Aktivisten eine Rhetorik der regionalen Einheit, die manche zu der Behauptung veranlasste, dass Oberschlesien eine eigenständige Nationalität besäße.³⁸

Die Attraktivität des politischen Regionalismus nach dem Ersten Weltkrieg macht deutlich, warum die Welfen – wie auch andere antipreußische Bewegungen in Schleswig und im Rheinland – trotz anfänglicher Rückschläge ihr Streben nach Abspaltung fortsetzten. Unter der Losung »Hannover den Hannoveranern und nicht den russischen Bolschewisten!« begannen hannoversche Separatisten bereits im Januar 1919, ihre Anhänger zu bewaffnen und in Bürgerwehren zu organisieren, die nach manchen Schätzungen 50.000 Mitglieder erreichten.³⁹ Kaum ein Jahr später unternahm die mit der DHP affilierte Hannoversche Legion während des Kapp-Putsches den Versuch, gewaltsam die Kontrolle über wichtige Regierungsstellen in der Provinzhauptstadt zu übernehmen. Obwohl die Reichswehr von dem Plan erfuhr, bevor die Welfen ihn vollständig in die Tat umsetzen konnten, war das Scheitern dessen, was den halb spöttischen Beinamen »Welfenputsch« erhielt, eher das Ergebnis schlechter Durchführung als mangelnden Engagements, denn bei späteren Hausdurchsuchungen wurden mehrere hundert Gewehre, Maschinengewehre und

37 Nina JEBSEN, *Dividing Regions? Plebiscites and Their Propaganda. Schleswig and Carinthia 1920*, in: Katarzyna STOKLOSA/Gerhard BESIER (Hrsg.), *European Border Regions in Comparison. Overcoming Nationalistic Aspects or Re-Nationalization?*, New York 2014, S. 58–78, hier S. 70–71.

38 James BJORK, *Neither German nor Pole. Catholicism and National Indifference in a Central European Borderland*, Ann Arbor 2008, S. 265; Brendan KARCH, *Nation and Loyalty in a German-Polish Borderland. Upper Silesia 1848–1960*, Cambridge 2018; Pieter JUDSON, *When Is a Diaspora Not a Diaspora? Rethinking Nation-Centered Narratives about Germans in Habsburg East Central Europe*, in: Krista O'DONNELL u.a. (Hrsg.), *The Heimat Abroad. The Boundaries of Germanness*, Ann Arbor 2005, S. 219–247; David SKRABANIA/Sebastian ROSENBAUM (Hrsg.), *Die Volksabstimmung in Oberschlesien 1921. Nationale Selbstbestimmung oder geopolitisches Machtspiel?*, Paderborn 2023. Siehe neuerdings auch die Untersuchung von Börries Kuzmany zur Herausbildung der nicht-territorialen Personalautonomie und der Herausforderung, welche diese für die Hoheit der Nationalstaaten des östlichen Europa nach 1918 darstellte: Börries KUZMANY, *Vom Umgang mit nationaler Vielfalt. Eine Geschichte der nicht-territorialen Autonomie in Europa*, Berlin 2024.

39 Klaus NEUMANN, *Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland*, Münster 1988, S. 310.

ein Granatwerfer gefunden. Außerdem entdeckte die Polizei in einem Dorf in der Nähe von Hannover, dass Zivilgardisten in Erwartung von Zusammenstößen mit der Polizei Schützengräben ausgehoben und Vorräte angelegt hatten.⁴⁰ Die hier zutage tretende Gewaltbereitschaft führt zu der Ausgangsposition des Aufsatzes zurück, dass Gewalt ein Merkmal des Selbstbestimmungsdiskurses der frühen 1920er Jahre war. Der Fehlschlag des Welfenputsches setzte einen Lernprozess in Gang, der die DHP zwar bereitwilliger machte, die Unabhängigkeit Hannovers auf demokratischem Weg zu erreichen, aber weder die völkische Verbrämung des hannoversch-preußischen Gegensatzes aufhob noch die prinzipielle Bereitschaft zum Einsatz von physischem Nachdruck zum Erreichen der Parteiziele einschränkte. Die Vorabstimmung legte beide Richtungen offen.

Völkische Argumente für und wider die Unabhängigkeit während der Vorabstimmung

Wie bekannt, erlaubte Artikel 18 der Weimarer Verfassung Gebietsänderungen von Ländern, wenn drei Fünftel der Bevölkerung in einem Referendum dafür stimmten. Nachdem die DHP die nötige Unterstützung in der Provinz für eine Vorabstimmung erhalten hatte, investierte sie massiv in die Mobilisierung der Wähler für Hannovers Unabhängigkeit. Die Bandbreite an Initiativen erstreckte sich von Heimatfesten, regem publizistischem Treiben, der Errichtung von Arbeitsausschüssen auf Kreisebene bis zum Einsatz von Vertrauensmännern vor Ort.⁴¹ Auch setzte die DHP auf modernste Werbeträger.⁴² Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht ohne Häme bemerkten, passte der pathetische Stil der intensiven Werbekampagne nicht immer zum Umfeld. Da die Rufe an das hannoversche Volk *gleichzeitig mit allerlei anderer Reklame in bunter Abwechslung erscheinen, so entbehrt diese Art der Abstimmungspropaganda nicht immer der Komik. Blitzt es doch von der Lichtreklame in die nächtlichen Straßen hinab nacheinander in folgender Reihenfolge:*

⁴⁰ Anna BERLIT-SCHWIGON, Robert Leinert. Ein Leben für die Demokratie. Sozialdemokratische Politik in der Weimarer Republik, Hannover 2012, S. 100-121.

⁴¹ Hans-Georg ASCHOFF, Die deutsch-hannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918-1933), in: Stader Jahrbuch NF 78 (1988), S. 77.

⁴² Torsten RIOTTE, Seiner Majestät Allergetreueste Opposition, wie Anm. 36, S. 430-432.

*Landsleute, die Heimat ruft.
Tivoli Varieté Schiffsgarten
In einigem Deutschland
Ein freies Niedersachsen.
Spendet für den Freiheitskampf
Scharlachberg-Meisterbrand⁴³*

Intern fanden 脰berlegungen in der Parteileitung statt, wie Frauen, Mädchen und »Sturmtrupps« auf Fahrrädern eingesetzt werden konnten, um Propaganda zu verbreiten und Gegenredner auf Versammlungen niederzuschreien.⁴⁴ Die Innovationsbereitschaft der DHP bei der Ausrichtung des Wahlkampfs stand im Kontrast zu ihrer Botschaft. Immer wieder bemühten welfische Leitartikel und Flugblätter die Vergangenheit. Dies war zum Teil strukturell bedingt, denn die Präambel der Weimarer Verfassung bestätigte die Stämme als das Fundament des deutschen Volkes. Da Artikel 18 nicht näher ausführte, weshalb Gebietsver nderungen im Reich angestrebt werden mochten, blieb es Regionalisten unbenommen, sich für die Selbstbestimmung der historischen Stämme einzusetzen.⁴⁵

Die schon in der welfischen Publizistik der Kaiserzeit ausgepr igte Selbstdefinierung 脰ber den Freiheitskampf gegen ausländische Aggressoren von den Römern bis zu den Franzosen und Preußen verleitete nach 1918 zu essentialistischen Aussagen 脰ber die Abstammung der Niedersachsen. Nur Landsleute, die in den Stamm hereingeboren waren, konnten dank der Bindung an die Scholle und der aus ihr hervorgegangenen Charakterst rken die Heimat wirklich sch tzen, so wurde argumentiert. Dr. Lueder, der Autor einer Abhandlung zum hannoverschen Gedanken, beantwortete die rhetorische Frage, was den Reiz des Themas ausmachte, folgendermaßen:

Es ist darum etwas so Hohes und Hehres, so Zartes und Inniges, daß das Beste daran mehr empfunden, als ausgesagt werden kann. Die Leute am Gestade der Nordsee sind schweigsam; so ber edt wie der Obersachse, so schwerer Zunge ist der Niedersachse. Wir haben keinen Lessing oder Treitschke hervorgebracht, und auch sie nicht, nur ein begnadeter Sänger

43 Leipziger Neueste Nachrichten, 15. April 1924, Artikelsammlung in VVP 17 Nr. 197.

44 Memorandum von Freiherr v. Hake-Hasperde an die Parteileitung, 11. April 1924, NLA HA, VVP 17 Nr. 195.

45 Weimarer Verfassung, <https://www.verfassungen.de/de19-33/verf19-i.htm> (Zugriff 29.12.2024).

könnte in dem schönsten seiner Lieder unseres Stammes Wesen künden. »Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdets nicht erjagen.« Und fühlen kann es im tiefsten Grunde nur, wer selbst vom Sachsenstamme ist. Denn es beruht zum ersten auf des Stammes starkem Heimatsgefühl. Wer dieses Heimatsgefühls voll teilhaftig sein will, der muß eigentlich auf dem Lande geboren sein oder doch das Land sehr lieb haben; Hannover ist ja zuerst ein Bauernland.⁴⁶

Der von Lueder als besonders einfühlsam gepriesene niedersächsische Heimatdichter Börries von Münchhausen verfasste 1922 einen Kommentar für die Hannoversche Landeszeitung, der dem welfischen Misstrauen gegenüber Ostelbiern freien Lauf ließ. Die *nüchternen Blondköpfe* Niedersachsens stellte er dem *Menschenplicht* der bunt gemischten preußischen Hauptstadt gegenüber.⁴⁷ Im Vorfeld der Vorabstimmung milderte die welfische Presse den Ton zeitweilig, um die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass das Ausscheiden Hannovers aus dem preußischen Staatsverband *letzten Endes nur dem Reichs-Gedanken und der Reichs-Festigung dient* und dass der Verlust der Provinz Preußen *nichts ihm von Rechts wegen Zugehöriges nehmen, nichts von seinen organischen Bestandteilen >losreißen-, geschweige denn Preußen >zerstückeln<, sondern nur die bis 1866 bestandene vielhundertjährige Eigenstaatlichkeit ihres Landes und Volkes wiederherstellen würde.*⁴⁸

Der welfische Primat der Heimat machte Eindruck auf Bauern, Mitglieder des alten Mittelstands und andere soziale Gruppen in den hannoverschen Kernländern, deren Vertrauen in die Wirtschaft und Politik von den Krisenerfahrungen der letzten Jahre erschüttert worden war.⁴⁹ Die Rückbesinnung auf die Notwendigkeit des Stammeszusammenhalts folgte zudem einem nationalen Trend. Wie Martina Stebers Studie zum bayerischen Schwaben erwiesen hat, wurden fehlende Kongruenzen zwischen ethnisch-stammlichen und bundesstaatlichen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg vermehrt zu einer Herausforderung für das regionale Empfinden.⁵⁰ Es überrascht kaum, dass Preußen aufgrund seiner Hybridität und als größter Bundesstaat die Hauptzielscheibe der Kritik abgab. Der rheinische Separatist und nassauische Bauernführer Peter Kirchem verurteilte die *Russen, Polen, Galizier, Wenden, Tschechen und*

46 Dr. LUEDER, Der hannoversche Gedanke, Hannover 1919, S. 3-4.

47 Hannoversche Landeszeitung, 2. Juli 1922, Nr. 15000, S. 1.

48 Hannoversche Landeszeitung, 27. August 1922: Mehr Logik!, Artikelsammlung in NLA HA, VVP 17 Nr. 176.

49 Jeremy NOAKES, The Nazi Party in Lower Saxony, Oxford 1971, S. 113; PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 31, S. 207-212.

50 STEBER, Ethnische Gewissheiten, wie Anm. 12, S. 300-301.

weiß Gott was für Angehörige anderer östlicher Stämme, die angeblich Berlin beherrschten.⁵¹ Die schleswig-holsteinische Landespartei erklärte, die Präsenz der preußischen *Mischlinge* seit 1866 habe die beiden Herzogtümer davon abgehalten, eine kulturelle Mittlerrolle zwischen den germanischen Völkern Nordeuropas zu spielen.⁵² Die von der DHP in Gang gesetzte Vorabstimmung wurde schnell zum Blitzableiter für die schwelenden regionalen Konflikte in der Weimarer Republik. Als in Berlin bekannt wurde, dass der bayerische Innenminister Franz Schweyer der Parteileitung Erfolg im bevorstehenden Referendum gewünscht hatte, löste dies tiefe Empörung aus. Die preußische Regierung erhob Klage bei der Reichskanzlei über Bayerns Einmischung in die internen Angelegenheiten eines anderen Bundesstaats, welche die Münchner zwar zu einem partiellen Dementi veranlasste, aber die Bayerische Staatszeitung nicht davon abhielt zu trotzen, *dass Preussen selbst es sich zuzuschreiben habe, wenn die Zahl derer wachse, die den Wunsch hätten und es als dringendes Bedürfnis im Reichsinteresse ansähen, dass der rücksichtslosen, die berechtigten Belange der anderen Länder missachtenden Ausnützung seiner zahlenmässigen Ueberlegenheit durch Preussen ein Ende bereitet werde.*⁵³

Ungeachtet der bayerischen Sympathiebekundungen war eine territoriale Reform Hannovers fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Wie andere separatistische Bewegungen war das Welfentum relativ einig in seiner Abneigung gegenüber Preußen und dem Status quo. Viel schwerer war es, den Inhalt der Selbstbestimmung festzulegen. Das Ende der Monarchie verwässerte die Ziele der DHP, was nicht zuletzt dem Anwachsen des bürgerlichen Elements in der Partei geschuldet war. Neben den aristokratischen Legitimismus, der sich in leicht modernisierter Form für die Schaffung eines Volkskönigtums unter antibürokratischen und föderalen Vorzeichen einsetzte, trat eine neue republikanische Strömung.⁵⁴ Für die Welfen ergab sich hieraus ein schwer überbrückbares Dilemma, denn der legitimistische Gedanke, der höchstens die Zusammenführung Hannovers und Braunschweigs erlaubte, stand der Einigung des niedersächsischen Nordwestdeutschlands auf stammlicher Grundlage im Weg. Erschwerend kam hinzu, dass die Stammesgrenzen selbst umstritten waren,

51 Martin SCHLEMMER, »Los von Berlin«. Die Rheinstaatsbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln 2007, S. 484-489.

52 Rudolf HEBERLE, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963, S. 141-147.

53 Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei, 20. und 22. Mai 1924, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 98397; Zeitungsausschnitt der Bayerischen Staatszeitung, 21. Mai 1924, ebenda.

54 PRILOP, Vorabstimmung, wie Anm. 31, S. 235, 337-338.

was einer effektiven Zusammenarbeit mittelstaatlich-föderalistischer Parteien stets Steine in den Weg legte. Die Raumforscher Kurt Brüning und Hermann Aubin stritten lange und ausgiebig, wo die Grenzen Niedersachsens und Westfalens lagen. Insbesondere die Zugehörigkeit Osnabrücks bereitete Schwierigkeiten wegen der stammlichen Affinitäten mit Westfalen, aber der historischen Verbindung des Bezirks zu Hannover.⁵⁵ Die hannoverschen Regionalhistoriker Georg Schnath und Wilhelm Peßler versorgten Brüning mit historischen Informationen über niedersächsische Siedlungsmuster, die den eigenen Anspruch untermauern sollten, aber realiter die Kompromissfähigkeit und somit die Möglichkeiten für eine Reichsreform einschränkten.⁵⁶ Ohnehin fand der Vorschlag einer politischen Einigung Niedersachsens nur begrenzt Anklang in der eigenen Region. Zwar sorgten Vorschläge für eine Reichsreform auch in Oldenburg 1918/19 für Diskussion, aber eine Republik Niedersachsen lehnte man entschieden ab.⁵⁷

Die Schwächen der Stammesideologie wie auch die verschwommenen Ziele der Partei unterhöhlten die Glaubwürdigkeit der Welfen. Obwohl der Zulassungsantrag für die Vorabstimmung zunächst nur die Abspaltung der Regierungsbezirke Lüneburg und Stade von Preußen verfolgt hatte, weitete die DHP die Initiative später auf die ganze Provinz minus den Regierungsbezirk Aurich aus. Dass die Parteileitung 1924 auf das demokratische Mittel eines Referendums setzte, um die hannoversche Frage zu lösen, beschwichtigte nicht den Argwohn anderer Parteien. Sie unterstellten den Welfen, dass diese immer noch zu Gewalt bereit seien. Antiwelfische Parteien gaben vor dem Wahltag eine gemeinsame Bekanntmachung heraus, die Bürgern riet, nicht an der Wahl teilzunehmen, weil die Welfen angeblich zur Ermordung des Oberpräsidenten

55 Jürgen JOHN, »Unitarischer Bundesstaat«, »Reichsreform« und »Reichs-Neugliederung« in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), *Mitteldeutschland. Begriff – Geschichte – Konstrukt*, Rudolstadt 2001, S. 297–376, hier S. 361; Dietmar von REEKEN, *Heimatbewegung, Kulturpolitik und Nationalsozialismus. Die Geschichte der >Ostfriesischen Landschaft< 1918–1949*, Aurich 1995, S. 54–98.

56 Willi OBERKROME, »Heimat-« und Großraumpläne aus der Sicht mittel- und westdeutscher Heimatschutzbewegungen, in: Jürgen JOHN (Hrsg.), *Mitteldeutschland. Begriff – Geschichte – Konstrukt*, Rudolstadt 2001, S. 419–432, hier S. 425. Ähnlich der Europäischen Union war Niedersachsen am weitesten als Wirtschaftsraum gediehen. So bildeten die Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Schaumburg-Lippe und der Regierungsbezirk Minden schon 1920 den Wirtschaftsausschuss Niedersachsen. Seit 1922 besorgte das Landesarbeitsamt Niedersachsen mit Hauptsitz in Hannover die Führung der Arbeitsnachweise und im gleichen Jahr entstand der Verkehrsverband Niedersachsen. PRIOP, Vorabstimmung, wie Anm. 31, S. 260.

57 HANKE, Die niedersächsische Heimatbewegung, wie Anm. 24, S. 44.

Gustav Noske aufgerufen hatten.⁵⁸ Noske konnte so berechtigte Beschwerden der Welfen über eine unstatthafte Wahlbeeinflussung seitens der Behörden zurückweisen, da er entgegenhielt, dass Deutschhannoveraner zögerliche Nachbarn mit Drohungen und wirtschaftlichem Boykott terrorisiert hätten.⁵⁹

Auf der Rechten punkteten die Welfen mit ihrem ethnisch begründeten Plädoyer für Wandel auch nur begrenzt. Feinde der Republik erkannten, dass die Zerschlagung des wichtigsten Bundesstaats ihrem Ziel, im Reich an die Macht zu gelangen, eher hinderlich war. Völkische Verlautbarungen vor der Vorabstimmung stellten darum die These auf, dass das preußische Volk mehrheitlich in seiner Herkunft *niederdeutsch* war, womit Preußen das wahre Bollwerk des Niedersachsenstums sei. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reinhold Wulle ließ sich laut der Hannoverschen Landeszeitung gar in Hannovers Rollschuhpalast zu der Aussage hinreißen: *Der ganze deutsche Norden sei Kolonisationsgebiet des niedersächsischen Stammes. Auf der anderen Seite habe er aber in der Geschichte nur gelesen, daß sich Kolonien vom Mutterlande ablösten, und nie, daß sich ein Mutterland von den Kolonien ablöste.*⁶⁰ Sein Parteigenosse Wilhelm Henning ging noch weiter. Für ihn war Preußens historisches Verdienst, seine großenteils niedersächsisch kultivierten Gebiete gerade mit Niedersachsen in ein Staatsgebilde zusammengeschweißt zu haben. Nicht nur drohte die Vorabstimmung diese Leistung rückgängig zu machen, warnte Henning, sondern die Welfen würden weiteren politischen Ärger bereiten, bis alle niedersächsischen Territorien vereint seien.⁶¹ Selbst von ihren ehemaligen katholischen Bündnispartnern im Zentrum konnte die DHP keine Unterstützung erwarten. Der Landtagsabgeordnete Friedrich Grebe stimmte mit der völkischen Rechten zumindest darin überein, dass im Falle der hannoverschen Unabhängigkeit das *ganze preußische Problem* aufgerollt werden würde, wozu Deutschland, bedingt durch die anhaltende innen- und außenpolitische Krisenlage, nicht bereit sei.⁶²

Die Gegner der hannoverschen Unabhängigkeit trugen den Sieg davon. Für die DHP markierte die Vorabstimmung den Höhepunkt ihrer Bedeutung,

58 »Hannoveraner!«, in: Flugschriftensammlung »Volksabstimmung zur Abtrennung Hannovers von Preußen (18. Mai 1924)«, Stadtarchiv Göttingen. Siehe auch Beilage zum Hannoverschen Kurier, undatierter Zeitungsausschnitt, NLA HA, Hann. 122a Nr. 9, fol. 9.

59 Abschrift eines Berichts des Oberpräsidenten, 23. September 1924, NLA HA, VVP 17 Nr. 197.

60 Hannoversche Landeszeitung, 15. März 1924: Herr Wulle und die Deutsch-Hannoveraner, Artikelsammlung in NLA HA, VVP 17 Nr. 195. Vgl. Hannoverscher Kurier, 11. Mai 1924: Programm der Deutschvölkischen, ebenda.

61 Hoyaer Wochenblatt, 24. April 1924: Die hannoversche Frage, Artikelsammlung in NLA HA, VVP 17 Nr. 192.

62 Kölnische Volkszeitung, 12. Mai 1924: Zur hannoverschen Volksabstimmung, Artikelsammlung in NLA HA, VVP 17 Nr. 194.

obgleich 1930/31 Verhandlungen mit dem Stahlhelm für einen Augenblick die Möglichkeit einer zweiten Vorabstimmung zu eröffnen schienen.⁶³ Die wechselnde Fortüne der Welfen spiegelte den Reiz, aber auch die Grenzen des Ethno-regionalismus in der Weimarer Republik, der seinerseits die Widersprüche des »Wilson'schen Moments« offenbarte. Das Versprechen des amerikanischen Präsidenten, dass die Verwirklichung der Selbstbestimmung Minderheiten Demokratie, Rechte und Frieden bringen würde, setzte einen Interessenausgleich voraus, der keineswegs gegeben war. Tatsächlich bekennen sich nur wenige Theoretiker des modernen Liberalismus zu einem maximalen Maß an demokratischer Selbstverwirklichung, da es schwierig ist, sie ohne Wahlmanipulation und der Verletzung der Bürgerrechte Andersdenkender umzusetzen.⁶⁴ Als in den 1920er Jahren Stämme (oder genauer gesagt ihre selbsternannten Wortführer) Anspruch auf denselben Raum erhoben, wirkte sich das negativ auf die Legitimität der politischen Ordnung aus. Es fehlten Schiedsrichter, die die erforderliche Autorität besaßen, schlichtend eingreifen zu können. Im Juli 1932 zerschnitt der nationalkonservative Reichskanzler Franz von Papen den gordischen Knoten schließlich mit einem Staatsstreich gegen Preußen, der die Innenpolitik der Länder dem Diktat der Reichsregierung unterstellte.⁶⁵

Fazit

Der Historiker Robert Gerwarth hat der Weimarer Republik eine »Allgegenwärtigkeit der Vergangenheit« bescheinigt.⁶⁶ Ein junger Politologe, der 1926 eine Doktorarbeit über die hannoversch-niedersächsische Unabhängigkeitsbewegung an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster einreichte, kam zu dem Schluss, dass der Zusammenbruch des Kaiserreichs *jene Hemmungen und Gegensätze, die unserer früheren Entwicklung trennend im Wege standen, wieder aufleben ließ*.⁶⁷ Der Umgang mit dieser Blockade verband Altes mit Neuem. Die Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für den Ersten Welt-

⁶³ HEINZEN, Making Prussians, Raising Germans, wie Anm. 27, S. 281-282.

⁶⁴ Vgl. Allen BUCHANAN, The Making and Unmaking of Boundaries. What Liberalism Has to Say, in: ders./Margaret MOORE (Hrsg.), States, Nations, and Borders. The Ethics of Making Boundaries, Cambridge 2003, S. 231-261.

⁶⁵ Werner E. BRAATZ, Franz von Papen and the *Preussenschlag*, 20 July 1932. A Move by the »New State« toward *Reichsreform*, in: European Studies Review 3 (1973), S. 157-180.

⁶⁶ Robert GERWARTH, The Past in Weimar History, in: Contemporary European History 15.1 (2006), S. 1-22, hier S. 2.

⁶⁷ Fritz RICKHEY, Die hannoversch-niedersächsische Freistaatsbewegung, Dissertation Universität Münster 1926, S. 6.

krieg erzeugte eine Militarisierung des Heimatgedankens, die die Verteidigung der eigenen Gemeinschaft, Kultur und Scholle gegen Außenseiter stählte.

Wie der vorliegende Beitrag gezeigt hat, wurde diese Entwicklung beschleunigt von dem vordergründig progressiven Anliegen Woodrow Wilsons, die Selbstbestimmung zum Ausgangspunkt einer neuen demokratischen Weltordnung zu machen. Welfische Bemühungen, die hannoversche Eigenstaatlichkeit wiederherzustellen, schlugen Kapital aus der Ethnisierung des Regionalismus, dessen Recht auf Selbstbestimmung sie anfänglich bereit waren mit Gewalt durchzusetzen. Wenngleich die DHP genug Rückhalt für die Abhaltung der Vorabstimmung fand, vermochte ihr Vorgehen andere politische Lager von ihrer Vision nur begrenzt zu überzeugen. Demokraten misstrauten ihrer Republiktreue, völkische Populisten fanden eine Aufteilung Preußens unambitioniert. Zumal blieb undurchsichtig, ob sich der reformerische Eifer der DHP auf die Wiederherstellung der hannoverschen Monarchie oder eines niedersächsischen Bundeslandes auf Stammesgrundlage erstreckte. Trotz des völkischen Tenors der Stammesideologie entwickelte die welfische Publizistik diesen Aspekt nicht wirklich weiter. *Rechtssinn und Treue* seien wahrhaft völkisch, stellte die Hannoversche Landeszeitung nur lakonisch fest.⁶⁸ Insgesamt kann die Vorabstimmung als Randerscheinung der »Konservativen Revolution« gewertet werden, in der rechtsstehende, jedoch nicht-nationalsozialistische Akteure in Deutschland nach Lösungen für die mannigfaltigen Umwälzungen des Ersten Weltkriegs suchten.⁶⁹ Schon zeitgenössische Beobachter erkannten, dass die Aufwertung der hannoverschen Unabhängigkeit eine Reaktion auf genau jene Urkatastrophe war: *Wie der Ausgleich zwischen Land und Stamm, Reich und Preußen im einzelnen erfolgt, sinnierte der Zentrumspolitiker Grebe, ist ein schwerwiegendes Problem. Seine Lösung erfordert Zeit und Bewegungsfreiheit. Sie erfolgt auch nicht einzig nach vorgefaßten Theorien, sondern hängt wesentlich ab von der geschichtlichen Entwicklung. Wir stehen noch mitten in dem Strom der Ereignisse, die mit dem 1. August 1914 begonnen haben. Wie die Lage beim Abschluß sein wird, vermag noch niemand zu sagen.*⁷⁰

68 Hannoversche Landeszeitung, 18. Oktober 1924: Wollen wir Ludendorff in Hannover haben?, Artikelsammlung in NLA HA, VVP 17 Nr. 195.

69 Zum Begriff der »Konservativen Revolution« siehe Armin MOHLER, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Dissertation Basel 1949; Timo WALZ, Tagungsbericht: »Konservative Revolution« als historisches Problem, in: H-Soz-Kult, 11.10.2024, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-150386> (Zugriff 13.1.2025).

70 GREBE, Zur hannoverschen Volksabstimmung, wie Anm. 62.